

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/96

Hannover, 21. November 1947

Sozialdemokratische Regierung in Dänemark

K.R. Kopenhagen, 14. November 1947

Nach Schweden und Norwegen hat nun auch Dänemark eine sozialdemokratische Regierung bekommen. Während die schwedische und norwegische Arbeiterregierung jedoch über eine parlamentarische Mehrheit verfügen, ist die neue dänische Regierung eine Minderheitsregierung, genau wie ihre Vorgängerin, die Venstreregierung Knud Kristensen. Parlamentarisch gesehen ist sie sogar noch schwächer. Kristensen hatte mit Hilfe der Konservativen und der Radikalen eine Mehrheit. Die Sozialdemokratie verfügt nur über 57 von den 151 Sitzen des Folketings. Trotzdem war diese Lösung die einzig mögliche.

Die meisten Mitglieder der Regierung entstammen der Generation nach dem vorigen Weltkriege, die sich in der Jugendbewegung ihre ersten Spuren verdient haben. Staatsminister Hans Hedtoft, langjähriger Vorsitzender der dänischen sozialdemokratischen Jugend, ist sogar alter Tinzer. Ebenso Finanzminister H.C. Hansen, der lange Jahre Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale war, mit Erich Ollenhauer als Sekretär. Zur selben Generation gehören der Verteidigungsminister Rasmus Hansen und der Fischereiminister Christian Christiansen, die die Gründer des neuen Jugendverbandes nach der Spaltung durch die Kommunisten 1920 waren. Auch der Innenminister Alsing Andersen ist in Deutschland kein Unbekannter. Er hat sehr oft die dänische Sozialdemokratie auf deutschen Parteitagern vertreten. Eine Neuerung ist der weibliche Minister, Frau Fanny Jensen, die allen Ministern in Fragen der Haushaltsführung, Rationierung, Frauenfragen, Kinderfürsorge usw. als Beraterin zur Seite stehen soll. Fanny Jensen ist die Vorsitzende der großen Gewerkschaft der ungelahrten weiblichen Arbeiter und war früher selbst Metallarbeiterin. Einen Gewinn bedeutet es zweifellos auch, daß es Hedtoft gelungen ist, den Außenminister der vorigen Regierung, Gustav Rasmussen, in sein eigenes Kabinett wieder zu übernehmen. Rasmussen ist parteimäßig nicht gebunden, aber ein erprobter Diplomat, der in allen Parteien bedeutendes Ansehen genießt.

Die bürgerliche Presse ist von der Bildung der sozialdemokratischen Regierung wenig begeistert. Sie bedauert, daß es trotz der liberalen Mehrheit dazu gekommen ist und erhebt gegen die Radikalen schwere Vorwürfe. Man erklärt jedoch, daß man der neuen Regierung ein

"fair play" geben wolle. Falls sie aber die Sozialisierung betreiben, dann wäre es vorbei. Dabei weiß man ganz genau, daß die sozialdemokratische Regierung keine Sozialisierungspolitik betreiben kann, weil dafür keine Mehrheit im Folketing vorhanden ist. Hans Hedtoft und seine Ministerkollegen sind keine Illusionisten. Sie wissen, daß sie angesichts der schweren Wirtschaftslage und der drohenden Inflation eine sehr schwere Aufgabe übernommen haben. Dabei werden sie sich die notwendige Unterstützung bald auf der einen, bald auf der anderen Seite des Parlaments suchen und mit Verhandlungsgeschick und Geschmeidigkeit versuchen müssen, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Berliner Holzacker-Politik

-e Der Alltag der SPD von Berlin unterscheidet sich wesentlich von dem Alltag der Organisationen im Westen. Dort wird das Kleine immer sogleich eine politische Aktion. Dort steht hinter der Geste fast stets der große Schatten des alliierten Anspruchs. Da sitzen z.B., wie in allen 20 Berliner Bezirksverwaltungen, auch im sowjetischen Sektor sozialdemokratische Bürgermeister. Plötzlich erfahren drei von ihnen, daß sie von russischen Stadtkommandanten entweder abgesetzt oder mit der Absetzung bedroht sind. Sie erfahren es aus den Zeitungen der SED. Begründung: sie hätten sträflich veräußert, die ihnen anvertraute Bevölkerung mit Brennholz für den Winter zu versorgen. Sofort tagen Parteigremien, die nach der Berechtigung dieser Beschuldigung fahnden. Es wird festgestellt, daß die gemäßregelten Bürgermeister entweder trotz wiederholter dringlicher Vorstellungen von den zuständigen sowjetischen Behörden keine Werkzeuge und Fuhrwerke zur Verfügung gestellt bekamen oder aber die holzrodenden Arbeiter verpflichtet worden sind, das Holz für Zwecke der Besatzungsmacht abzufahren. Die Parteigremien stellen das fest; es kann nicht ausbleiben, daß den gemäßregelten Bürgermeistern das volle Vertrauen ausgesprochen wird. Dies alles bringt einen Apparat in Bewegung, kostet Zeit und Nerven, und währenddessen schütten die kommunistischen Zeitungen ihre Anwürfe über die Partei und putzen die Bevölkerung auf. Kein Wort geht freilich darüber, daß in den westlichen Sektoren diese Holzaktionen schon in den Sommermonaten dank der Unterstützung der Besatzungsmächte abgerollt ist.

Dies ist ein Fall. Es gibt Dutzende, da die Partei Stellung nehmen muß. Das fordert Menschen, die nicht müde werden und sich nicht zerrütten lassen. Vor allem deshalb, weil jede sachliche Erwiderung auf einen alliierten Vorwurf meistens als Attacke gegen die Besatzungsmacht gewertet wird. Der Parteivorstand der Stadt faßt einen Beschluß. Er ist jedoch nicht sicher, daß der Beschluß überall in der Stadt realisierbar ist. Das Flugblatt, das die Partei zu irgend einem Anlaß über die Stadt hin streuen will, ist, obwohl generell durch die Besatzungszensur genehmigt, vielfach im sowjetischen Sektor verboten. Das Plakat, mit dem sie zu einer Versammlung ruft, ist noch nicht in allen Teilen der Stadt genehmigt, wenn die alliierte Genehmigung vorliegt. Der Redner einer Kundgebung weiß oft eine halbe Stunde vor ihrem Beginn nicht, ob er wird sprechen

können.

Stets aber kommt die Behinderung mit dem Begleitkommentar daher, die jeweils geplante politische Betätigung beleidige eine Besatzungsmacht. In solcher Atmosphäre scheiden sich die Menschen, die sich der Partei zur Verfügung gestellt haben. Eine so siegreiche Partei wie die SPD braucht in Berlin einen großen Apparat, und sie braucht Menschen, die die über den kommunalen Rahmen hinaus wichtigen politischen Aufgaben der Partei auch mit allem Ernst und freilich auch allem Geschick bewältigen. Die Berliner Parteigruppe der SPD fordert allein von dieser menschlichen Leistung her schon Respekt und mehr die aktive Unterstützung ganz Deutschlands.

Das bayrische Winterprogramm

aha. Seit die SPD aus der bayrischen Regierung austrat, herrschte politische Stille. Die CSU-Regierung bereitete sich im Stillen auf die Winterschlacht vor, und die SPD wartete ebenso gelassen auf den Augenblick, wo ihr ein Eingreifen richtig scheinen würde.

Nun scheinen die Fronten in Bewegung gekommen zu sein, und das bezeichnenderweise nicht bei den Parteien, sondern bei den Berufsverbänden. Man kann aber den Teil für das Ganze nehmen: der Bauernverband folgt getreulich der CSU, und die Kreise, die der Gewerkschaftsbund repräsentiert, neigen in der Mehrheit zur SPD, so daß eine jetzt von Ministerpräsident Dr. Ehard notdürftig geschlichtete Kontroverse zwischen Gewerkschaften und Bauernverband als Perspektive auf Art und Umfang der Auseinandersetzungen benutzt werden kann, die zwischen CSU und SPD im Laufe dieses Winters beginnen werden.

Es ist begreiflich, daß die SPD sich nicht rührte, solange die CSU nichts Grundätzliches darüber ausgesagt hatte, wie sie den Staat über diesen Winter zu bringen gedenkt. Jetzt hat der heutige Wirtschaftsminister Dr. Hans Seidel eine programmatische Erklärung gegeben. Seine Ausführungen waren vorsichtig, maßvoll optimistisch und deuteten die Pläne des Ministeriums in unverbindlicher Form an. Die Versorgung mit Kohlen sei besser als im Vorjahr, die Industrie sei mit einem Fünf-Wochenvorrat eingedeckt, die Haushalte hätten sieben Zentner Braunkohle bekommen und dürften weitere vier Zentner erwarten. An Schuhen seien einige Monatsproduktionen ausgegeben worden, Textilien erwarte man aus bereits angelaufenen Lieferungen der amerikanischen Armee, und das Transportwesen funktioniere besser als im Vorjahr. Nur in der Stromerzeugung habe es wegen der Sommerdürre einen harten Rückschlag ergeben. Bayern sei das einzige Land der Bizone, dessen Stromverbrauch unter dem Richtsatz liege.

Auf größere Distanz gesehen, hat Dr. Seidel folgende Wirtschaftspläne: Lockerung der Bewirtschaftung nicht lebensnotwendiger Artikel (Rundfunkempfänger, Elektrogeräte usw.), Einführung des durchlaufenden Bezugscheins, was die Händler und ihre Lieferanten zum Wettbewerb um den Kunden zwingen würde, Erhöhung der Produktion durch Leistungsanreize (für den Unternehmer durch feste Spitzen, für den Arbeiter durch Sachprämien nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach Leistung), Einführung eines Punktsystems für Textilien und, soweit möglich, auch für andere Bedarfartikel und schließlich Neu-

ordnung des Lenkungs- und Bewirtschaftungsapparates. Dr. Seidel stellte fest, daß die bayrische Produktion Vorräte angelegt habe, die, soweit sie offiziell gemeldet sind, beachtlich seien und die von den Hortungen noch übertroffen würden. Diese Vorräte in Bewegung zu bringen, werde nur eine Währungsreform imstande sein. Auf alle Fälle werde jedoch die Regierung Betriebsprüfer einsetzen. Die Frage, ob bei diesen Betriebsprüfungen die Betriebsräte und Normalverbraucher eingeschaltet werden würden, beantwortete er ausweichend.

Hier dürfte wohl die Kritik der Opposition einsetzen. Die Gewerkschaften werden die nächste Gelegenheit benutzen, um sich in das Kontrollgefüge einzuschalten, die SPD wird sie dabei unterstützen und die Bevölkerung, die schon lange auf die Faust wartet, die auf den Tisch schlägt, wird mitgehen, gleich, welcher Partei der Einzelne anhängt. Bayern, das bisher eine erstaunliche Ruhe zeigte, wenn es um Fraktionen und Schuhsohlen ging, wird in diesem Winter wahrscheinlich die alte Erfahrung bestätigen, daß aus langer Geduld meist eine umso heftigere Explosion folgt.

Die Personalangaben über Dr. Rudolf Katz dürften in wenigen Tagen von besonderem aktuellen Interesse sein.

Dr. Rudolf Katz

wurde am 30. September 1895 in Falkenburg in Pommern als Sohn des Lehrers Leopold Katz geboren. Nach dem Abitur 1913 auf dem Reform-Realgymnasium in Kiel widmete sich Katz dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Kiel von 1913 mit Unterbrechungen bis 1919. Während des ersten Weltkrieges wurde Katz als Leutnant und Kompanieführer zweimal verwundet. Im Frühjahr 1920 Abschluß des Studiums, Promotion an der Universität Kiel, sodann Referendartätigkeit an verschiedenen Gerichten. Von 1923 bis 1924 war Dr. Katz als Syndikus in Lübeck tätig, ließ sich dann in Altona (damals zu Schleswig-Holstein gehörig) als Rechtsanwalt und Notar nieder, wurde 1929 SPD-Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher sowie Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Städtetages. 1933, nach der Errichtung des Hitler-Regimes, verließ Dr. Katz Deutschland. Er wandte sich zunächst nach Nanking, wo er 1933/34 als Delegierter des Völkerbundes Berater der chinesischen Regierung in Municipalangelegenheiten und gleichzeitig Mitglied des nationalen Wirtschaftsrates von China wurde. 1935 ging Dr. Katz nach USA, zunächst als wissenschaftlicher Assistent am "Institute of Public Administration" der Columbia-Universität in New York, trat 1938 dem Redaktionsstab der "Neuen Volkszeitung" in New York bei und wurde gleichzeitig Mitglied des Direktoriums der amerikanischen Zeitschrift "New Leader", der Volkshochschule "Rand School of Social Science" in New York und Sekretär der "German Labour Delegation in USA", die dem amerikanischen Gewerkschaftsverband (American Federation of Labour) angeschlossen ist. 1941 erwarb Katz das amerikanische Bürgerrecht, nachdem ihm vom Hitler-Regime die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war. Im Sommer 1946 wurde Dr. Katz zusammen mit Max Brauer, dem jetzigen Bürgermeister von Hamburg, als Delegierter der "American Federation of Labour" nach Deutschland entsandt, um der demokratischen deutschen Arbeiterbewegung beim Wiederaufbau ihrer Organisationen zur Seite zu stehen.

Um die politische Freiheit des Beamten

Die Militärregierung hat ihren Erlass erneuert, demzufolge allen im öffentlichen Dienst stehenden Beamten und Angestellten der Gruppen 8 a und VIII und höher die politische Betätigung untersagt. Wenige Tage vor diesem Erlass hatte sich eine beträchtliche Mehrheit des Niedersächsischen Landtags (Zentrum, FDP, SPD, KPD) für die volle politische Freiheit der Beamten ausgesprochen. Das bedeutet nicht, wie es leider mehrfach unrichtig dargestellt wurde, daß etwa die unbedingte parteipolitische Bindung irgendwelcher Richtung gefordert werde. Schon die oben genannte Zusammenstellung der Parteien spräche gegen eine solche Auslegung. Unser Standpunkt sei hier nochmals eindeutig präzisiert: Jeder Beamte habe die absolute Freiheit politischer Betätigung und Organisation. Er möge sich der politischen Richtung anschließen, zu der er aufrichtig neigt, oder, wenn es ihm beliebt, vollkommen unpolitisch bleiben. Es soll aber kein Gewissenszwang auf ihn ausgeübt werden, der um der Position willen zu Heuchelei, Unaufrichtigkeit, Unsicherheit und Doppelzüngigkeit führen muß. Solch gesetzlicher Zwang zu angeblicher Neutralität macht weder vertrauenswürdig, noch wirklich objektiv. Demokratische, wirklich unparteiliche Beamte, die pflichttreu dem Staat und seinen Bürgern dienen, erzieht man nicht durch Verbote. Machen wir die politische Tätigkeit des Beamten zu einer Taktfrage und wir haben Aussicht, aus der Kaste der Bürokraten den angesehenen Stand der Diener der Gemeinschaft zu formen und im Vertrauen auf den Willen der Militärregierung in eine lebendige Demokratie hineinwachsen zu lassen. Es wäre bedauerlich, wenn man den offenkundigen Willen der Mehrheit des Niedersächsischen Landtags übersehen und das politische Betätigungsverbot für Beamte aufrecht erhalten würde. (t/B.10/2111/2/hs)

Austritte aus der KP

In der bayrischen KP sind seit einiger Zeit gewisse Auflösungserscheinungen zu beobachten. Langjährige Mitglieder und teilweise höhere Funktionäre aus der Zeit vor 1933 verlassen freiwillig die Partei und ziehen sich entweder aus dem politischen Leben zurück oder suchen um Aufnahme in die SPD nach. Allein im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz wird die Zahl der Funktionäre, die die KP verlassen haben, auf etwa 50 geschätzt.

Im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz sind in den vergangenen ein einhalb Jahren alle nacheinander eingesetzten Bezirkssekretäre der KP freiwillig aus der KP ausgetreten oder abgesetzt worden. Folgende Bezirkssekretäre verließen nacheinander die KP: Willi Immenkamp, Karl Rhein, Karl Ide, Gustl Schneider, Zwickelpflug, Regina Sträuber. Die Austritte erfolgten nicht schlagartig in gemeinsamer Aktion, sondern auf eigenen Entschluß bei der Ausübung der Funktion des Bezirkssekretärs.

Der Kreisvorstand der KP in Minkelsbühl, Eberhardt, ist aus der Partei ausgetreten. Als Begründung führte Eberhardt an, daß er die Einheit der Arbeiterklassen in der SED erfüllt sähe. Da die KP jetzt angeblich auf dem Boden der Demokratie stehe, sei der Grund der Spaltung, die Diktatur des Proletariats, nicht mehr gegeben.

Im Kreise Wolfenbüttel ist der Mitgliederbestand der KP von 1450 auf 950 zurückgegangen. In dem Orte Hedeper ist die KP-Ortsgruppe auseinander gelaufen. Der dortige KB-Vorsitzende hat dem KP-Kreisvorstand in Wolfenbüttel in einem Schreiben die Auflösung mitgeteilt. In Kl.-Denkte erklärten selbst Kommunisten, die über 20 Jahre der KP angehört haben, ihren Austritt.

(b/B72/2211/2/hs)

Bodenreform in der französischen Zone

H. W. Wohl, weil die zuständigen Länderregierungen und Länderparlamente zu zögernd, oder überhaupt noch nichts auf dem Gebiete der Bodenreform getan haben, obgleich in jeder der im Frühjahr angenommenen Verfassungen auch diesbezügliche Bestimmungen enthalten sind, hat die französische Militärregierung die Initiative ergriffen und von sich aus eine Anordnung erlassen, die bestimmt, daß bis spätestens 31. Dezember ds. Js. eine Bodenreform durchgeführt werden muß. Die Militärregierung liefert zugleich auch den Rahmen, in dem die Reform gestaltet werden muß.

Die Verordnung der Militärregierung bestimmt, daß die Bodenreform den Grundbesitz von einer Oberfläche über 150 Hektar Ackerboden durchschnittlichen Wertes, Forstbesitz von gleichgeschätztem Werte, sowie Güter, die aus Ackerland und Forst bestehen und gleichen Wertes sind, erfaßt. Die in Ausführung dieser Reform zu treffenden Bestimmungen dürfen die landwirtschaftliche Erzeugungskraft nicht beeinträchtigen. Die Länder sollen die entsprechenden Gesetze ausarbeiten. Die freigemachten Ländereien werden gegen Bezahlung neuen Bebauern überlassen, die soweit wie möglich aus fachkundigen Landwirten und Bauernfamilien auszuwählen sind. Ein bestimmter Prozentsatz ist Flüchtlingsfamilien vorzubehalten, die fähig sind, sie zu bebauen. Die enteigneten Grundbesitzer werden für das entnommene Gut entschädigt. Von der Entnahme befreit sind Güter, die öffentlichen Gemeinschaften, Krankenhäusern, Altersheimen und den Kirchen gehören, sofern sie zu einem Zwecke benutzt werden, der einer öffentlichen Wohlfahrts- oder Gesundheitsinteresse dient. Die Verordnung ist als Gesetz in der französischen Besatzungszone auszuführen.

Verantwortlich: Peter Raunau